

## „Der Atomausstieg allein ist noch keine Energiewende“

Interview mit Timon Gremmels, MdL



☞ Timon Gremmels ist Abgeordneter und Umwelt- und Energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Hessen.

Foto: privat

**spw:** Im Angesicht der Atom-Katastrophe von Fukushima am 11. März 2011 und des gesellschaftlichen wie parlamentarischen Protestes beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung am 30. Juni 2011 den Ausstieg vom Ausstieg. Wo steht die Energiewende in Deutschland aktuell?

» **T.G.:** Um es gleich vorwegzunehmen: Der Atomausstieg allein ist noch keine Energiewende. Ein klares Konzept, wie die Energiewende in konkrete Politik umgesetzt werden soll fehlt bis heute. Das Ziel der Bundesregierung, den Stromanteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf 35 Prozent zu steigern, stammt noch aus der Vor-Fukushima-Zeit. Wenn man bedenkt, dass wir Ende 2011 bereits einen Anteil von 20 Prozent Erneuerbarer Energie am Strommix hatten, ist das Ziel unambitioniert.

Der größte Hemmschuh bei der Umsetzung ist die Bundesregierung selbst. Statt die Energiewende voranzubringen, arbeiten Wirtschaftsminister Rösler (FDP) und Umweltminister Röttgen (CDU) mehr oder weniger offen gegeneinander. An einer echten erneuerbaren und dezentralen Energieversorgung hat insbesondere Rösler kein Interesse. Mit seinem offenen Kampf für eine Deckelung der Einspeisevergütung für Photovoltaik schadet er der deutschen Solarindustrie massiv. Statt Ressortgeschachere und Kompetenzgerangel brauchen wir ein Energieministerium, indem alle für eine Energiewende relevanten Fäden zusammenlaufen.

**spw:** Kampagnen gegen die Energiewende und Zweifel gegenüber ihrer Realisierbarkeit und vor allem dem auch von der SPD vertretenem Tempo des Umstieges auf Erneuerbare Energien wurden von der fossilen Energielobby immer wieder an ein einem drohenden Verlustes der Versorgungssicherheit festgemacht. Nun liegt der erste Winter mit nur noch 9 von 17 AKWs hinter uns. Wie haben sich Versorgungssicherheit, Stromimporte und -exporte dargestellt?

» **T.G.:** Der Februar war mit Temperaturen von minus 20 Grad besonders kalt. Erstmals seit 15 Jahren konnte man auf der Außenalster wieder Schlittschuh laufen. Zwar musste auf die Kaltreserve bestehend aus Kohle und Gas zurückgegriffen werden. Wider allen Schreckensszenarien reichte der in Deutschland produzierte Strom, sogar für Exporte nach Frankreich. Die atomversessenen Franzosen, die ihre Wohnungen und Häuser mit strombetriebenen Heizlüftern wärmen, waren durch den heftigen Wintereinbruch auf Strom aus Deutschland angewiesen. Dass wir in diesem Winter dennoch knapp an einem Blackout vorbeigeschrammt sind hatte weder was mit der Kälte oder dem Atomausstieg zu tun, sondern mit Profitgier einiger Energiehändler.

Insgesamt haben wir 2011 – trotz acht abgeschalteter AKWs – immer noch mehr Strom exportiert als importiert: Der Strom-austauschsaldo mit den europäischen Nachbarländern weist einen leichten Ausfuhrü-

berschuss in Höhe von 5 Terawattstunden (TWh) auf. Auch die von Kritikern der Energiewende ins Feld geführte Preisexplosion beim Strompreis blieb aus. Er ist sogar im Laufe des Jahres 2011 wieder gefallen und hat das Preisniveau vor der Reaktorkatastrophe in Fukushima unterschritten.

Dennoch muss es uns gelingen, mittelfristig auf eine Kaltreserve aus Kohle zu verzichten. Wir brauchen dringend leicht regelbare und hocheffiziente Gaskraftwerke, die wir bei Bedarf zuschalten können. Hier bedarf es sinnvoller Investitionsanreize. Gleiches gilt auch für Forschungs- und Investitionsmittel für den Ausbau der Speichertechnologie. Die „Power-to-Gas-Technologie“ liefert vielversprechende Ansätze. Mit der Einführung eines Speicherbonus in das EEG könnten entsprechende Mittel gewonnen werden.

**spw:** Die Energiewende ist mittlerweile zu einem Identitätsthema der Sozialdemokratie insgesamt geworden. Trotz des gesellschaftlichen Konsenses in der grundlegenden Zielrichtung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien wird der Umstiegsprozess – auch im Hinblick auf 2013 und mögliche Regierungskoalitionen – nicht konfliktfrei ablaufen. Wie wird energieintensiven Produktionsbranchen zu begegnen sein und welche sozialen Flankierungen sind nötig?

» **T.G.:** Es ist die Aufgabe für uns Sozialdemokraten darauf zu achten, dass die Energiewende nicht zu einer neuen sozialen Spaltung führt. Wichtig ist, dass die Befreiung der Großindustrie von der EEG-Umlage und den Netzentgelten nicht weiter ausschließlich von den Verbrauchern über einen erhöhten Strompreis getragen wird. Die privaten Stromkunden könnten entlastet werden, wenn sich die schwarz-gelbe Bundesregierung endlich bei der energetischen Gebäudesanierung bewegt und die Kosten nicht allein auf die Länder abgewälzt werden. Auch stellt der Finanzminister deutlich

weniger Mittel für zinsgünstige KfW-Kredite für die Energetische Gebäudesanierung zur Verfügung als geplant. Ebenfalls von der FDP abgeblockt ist der Vorschlag von EU-Energiekommissar Oettinger, die Energieversorger zu verpflichten ihren Kunden Energiesparmaßnahmen wie Doppelglasfenster oder Hausdämmungen zu finanzieren, um den Verbrauch um jährlich 1,5 Prozent zu drücken. Wie in Dänemark, Großbritannien, Italien, Frankreich und Belgien schon üblich sollen die Energieversorger dafür höhere Preise pro Kilowattstunde berechnen können. Selbst diesen halbherzigen Vorschlag von Oettinger diffamiert Rösler als Instrument der Planwirtschaft und macht stattdessen lieber klassische Klientelpolitik für die Großindustrie. Dabei vergisst, der Bundeswirtschaftsminister zum einen, dass energetische Gebäudesanierungsprogramme ein Konjunkturprogramm für das mittelständische Handwerk darstellen würde. Zum anderen ist die Erneuerbare-Energien-Industrie ein echter Jobmotor. 2011 gab es rund 380.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich. Die Erneuerbaren Energien steuerten im letzten Jahr einen zweistelligen Milliardenbeitrag zur kommunalen Wertschöpfung bei.

**spw:** Als ein entscheidender Schlüssel zum Erfolg der Energiewende gilt die gesellschaftliche Akzeptanz. Wie kann diese gegenüber neuen Bebauungsplänen, Strominfrastrukturprojekten oder auch neuen Normen im Baurecht - wie bspw. der berühmten Marburger Solarsatzung - erhöht werden?

» **T.G.:** Die Akzeptanz spielt eine entscheidende Rolle. Die Bürgerinnen und Bürger sind an Anlagen der erneuerbaren Energien direkt und indirekt zu beteiligen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Widerstand gegen ein Windkrafttrud schwindet, wenn es nicht einem anonymen Investor, sondern dem örtlichen Stadtwerk, oder der Genossenschaft gehört, an der man sich selbst beteiligen kann. Wenn den Bürgern

vermittelt wird, dass durch die Einnahmen aus einer Windkraftanlage der Kindergartenbesuch für die Eltern beitragsfrei gestellt werden kann, steigt die Zustimmung.

Insgesamt müssten den Kommunen allerdings mehr Rechte für eine dezentrale Energiewende eingeräumt werden. In Hessen hat schwarz-gelb durch eine Änderung der Bauordnung den Kommunen die Möglichkeit genommen, Vorgaben wie die vielbeachtete Marburger Solarsatzung zur Einführung einer „solaren Baupflicht“ zu erlassen. Desweiteren erschwert die Gemeindeordnung den Kommunen aktiv in die Energieerzeugung einzusteigen. Dies ist besonders ärgerlich, da die SPD den Kommunen beim Umbau der Energieversorgung hinzu dezentralen und kleinteiligen Strukturen eine Schlüsselrolle einräumt.

Was die Akzeptanz für den Netzausbau angeht, widersprechen sich Verfahrensbeschleunigung und Akzeptanzsteigerung. Ich halte es für problematisch, wenn künftig die großen Höchstspannungstrassen nicht mehr in den betroffenen Regionen, sondern von der Bundesnetzagentur am grünen Tisch geplant werden. Von mehr Bürgerbeteiligung kann da nicht gesprochen werden. Auch ist zu hinterfragen, ob der Umfang des von der Dena geplanten Netzausbaus wirklich nötig ist, wenn man verstärkt auf dezentrale Lösungen setzt.

**spw:** Welche Maßnahmen und Stellschrauben sind in den Bundesländern zu ziehen, denen eine hohe Bedeutung im Transformationsprozess zu kommen?

» **T.G.:** Die Bundesländer sind mitunter deutlich weiter und ambitionierter als der Bund. Es ist ein Wettlauf unter den Ländern in Sachen Energiewende entbrannt. NRW und Baden Württemberg haben innovative Klimaschutzgesetze in Vorbereitung. Rheinland-Pfalz hat sich das ambitionierte

Ziel gesetzt, sich bis 2030 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu versorgen. Und selbst das CDU geführte Hessen, das unter Ministerpräsident Volker Bouffier zu lange auf Atomkraft aus Biblis und auf Steinkohle aus dem Kraftwerk Staudinger gesetzt und gegen „Windkraftmonster“ hetzte, hat sich von SPD und Grünen überzeugen lassen: Mit Hilfe der Onshore-Windkraft, deren Anteil von unter 0,4 Prozent der Landesfläche mehr als verfünffacht werden soll, wollen sich die Hessen von ihrem letzten Platz unter den bundesdeutschen Flächenländern bei der Windkraftnutzung hocharbeiten. Da die Länderkompetenz aber beschränkt ist, brauchen wir 2013 einen Regierungswechsel im Bund. Mit dem von der Enquete-Kommission des SPD-Parteivorstands unter Federführung von Thorsten Schäfer-Gümbel und Ulrich Kelber erarbeiteten Grundsatzpapier, das vom Bundesparteitag mit breiter Mehrheit getragen wurde, sind wir gut aufgestellt, um der Energiewende neuen Schwung zugeben. ■

☞ Das Interview führte Michael Reschke.